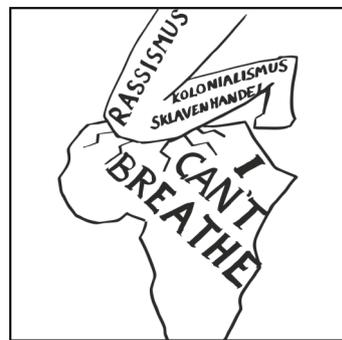


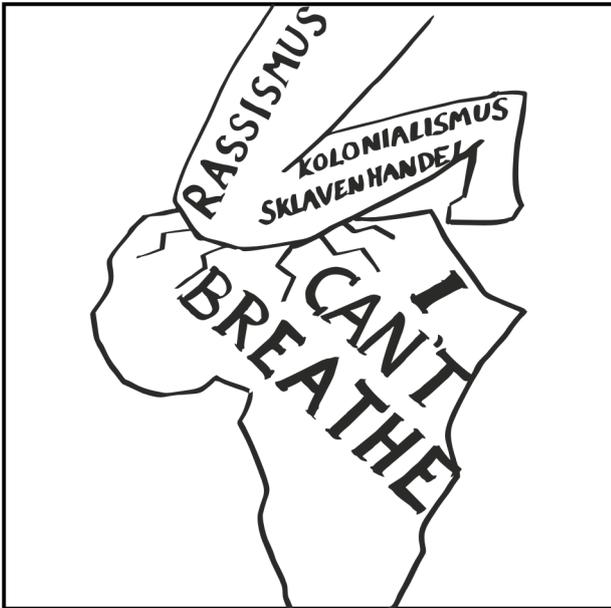
Sichert(e) sich auch unser Land einen Platz an der Sonne?



Der lange Schatten der deutschen Kolonialzeit

Einführung

Liebe Interessierte, liebe Engagierte,
Kolonialzeit. Alles Vergangenheit? Schnee von gestern ohne jegliche Bedeutung für die Gegenwart? Oder: Schlimm. Aber holte Afrika immerhin aus archaischen Zuständen raus? Solche Sichtweisen sind leider sehr verbreitet und bestätigen einmal mehr den Satz: „Der Sieger schreibt Geschichte.“



Dass das koloniale Erbe einen langen Schatten wirft, wurde uns erst jüngst wieder grausam vor Augen geführt: Die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen *weißen*¹ Polizisten in den USA war nicht die rassistische Tat eines Einzeltäters, sondern hat System. Rassismus ist nicht das einzige, aber das sichtbarste und offensichtlichste koloniale Erbe. Und leider können wir hier in Deutschland trotz aller Unterschiede zu den USA nicht einfach sagen: In Deutschland ist das ja ganz anders. Rassismus tötet auch hier. Das koloniale Erbe umfasst aber viel mehr: Die schlimmen Bilder, die im Zusammenhang mit George Floyds Ermordung um die Welt gingen, können auch auf das koloniale Erbe im globalen Kontext übertragen werden: Seit dem Entstehen einer christlich-abendländisch dominierten Welt vor gut 500 Jahren wird anderen systematisch die Luft zum Atmen genommen – was Millionen Menschen das Leben kostet(e). Groß scheint die Angst zu sein, dass sich das Opfer, das das Knie fest im Nacken hat, aus dieser Situation befreien könnte. Wieso die „Anderen“ kleingemacht wurden bzw. kleingehalten werden und warum ein historisch auf Rassismus fußendes Wirtschaftssystem auch zunehmend im Eigeninteresse ehemaliger Kolonialmächte überwunden werden sollte,

soll in dieser Broschüre behandelt werden. Schwerpunktmäßig soll es um Deutschland und den afrikanischen Kontinent gehen.

Serge Palasie, Fachpromotor Flucht, Migration und Entwicklung NRW, August 2020

Aus dem Inhalt

- Sichert(e) sich auch unser Land einen Platz **3**
an der Sonne?
Der lange Schatten der deutschen
Kolonialzeit (*Serge Palasie*)
- Sklaven, Aktien, Bankhäuser – Deutsche **16**
Kolonialaktivitäten vor 1884
(*Tina Adomako*)
- Interview „Oft werden wir noch immer mit **18**
einem kolonialen Blick betrachtet.“
(*Eli Abeke*)
- Bilder und Karten **20**

Die Autor*innen sind für den Inhalt allein verantwortlich. In den Beiträgen verwendete Bilder wurden durch die jeweiligen Autor*innen und zum Teil durch den Herausgeber freigegeben, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben.

Über den Autor



© Andreas Grasser

Serge Palasie ist Afrikanist und befasst sich mit der Entstehung des transatlantischen Raums und der damit verbundenen Geschichte von Sklavenhandel und Kolonialismus. Weitere thematische Schwerpunkte: Flucht/ Globale Ungleichheiten/ Chancen und Herausforderungen einer bunten werdenden Gesellschaft/ Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund.

► serge.palasie@eine-welt-netz-nrw.de



Sichert(e) sich auch unser Land einen Platz an der Sonne?

Der lange Schatten der deutschen Kolonialzeit

Die deutsche Kolonialzeit ist bis heute in mehrfacher Hinsicht relevant – so beispielsweise im Bereich globaler wirtschaftlicher Beziehungsgeflechte, beim Thema Flucht und Migration oder wenn es um Rassismus und Identität in Deutschland geht. Selbst der menschengemachte Klimawandel bzw. die damit verbundene Klimungerechtigkeit muss hier aufgezählt werden. In der breiten deutschen Öffentlichkeit ist diese Phase der Geschichte jedoch kaum präsent. Ausnahmen, wie etwa die durch den französischen Staatspräsidenten Macron 2017 angestoßene Diskussion zur Rückgabe von Raubkunst aus der Kolonialzeit, bestätigen die Regel.

Vorliegender Beitrag will sich mit dieser oftmals unterschlagenen Geschichte und ihren inner- und zwischengesellschaftlichen Folgen auseinandersetzen. Zentrale Frage: Kann sich eine selbsternannte Wirtschafts- und Wertegemeinschaft, zu der auch wir als Deutsche gehören und deren Selbstdefinition erstmals in der Menschheitsgeschichte neben religiösen und kulturellen Gemeinsamkeiten wesentlich auf einer Hierarchisierung von Hautfarben basiert, unverändert halten, ohne die eigene Zukunftsfähigkeit zu gefährden? Angesichts globaler Herausforderungen und sich ändernder globaler Machtkonstellationen sollte diese Frage eigentlich klar verneint werden können. Aber leider ist paradoxerweise vielfach das Gegenteil zu beobachten: Nicht nur in Deutschland erstarken rassistische Rechtspopulist*innen. Niemals seit 1945 waren nicht-weiße Menschen in Deutschland so gefährdet wie seit der Wiedervereinigung 1990. Auf Hautfarben basierende geistige „Farbgefängnisse“ scheinen „rekultiviert“ zu werden. Wer aber einer wachsenden Zahl nicht-weißer Deutscher innerhalb der Gesellschaft nicht auf der oft gebetsmühlenartig wiederholten Augenhöhe begegnen kann, der wird dies auch nicht gegenüber den ehemaligen Kolonialgebieten tun können. Der Versuch der (z.T. vermeintlichen) Nutznießer*innen, den Status quo – d.h. den eigenen Besitzstand bzw. die eigenen Privilegien – zu wahren, verhindert ein ehrliches Aufeinander-Zugehen und eine vollumfassende Solidarität in und zwischen Gesellschaften. Beides ist langfristig aber ein Schuss ins eigene Knie: Innergesellschaftlich etwa, weil Deutschland keine Rohstoffe außer der Kreativität und Innovationskraft seiner Bürger*innen besitzt. Zwischengesellschaftlich etwa, weil die Auslagerung von Perspektivlosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen nicht dauerhaft funktionieren kann.

Sichtbarste Spitze dieses Eisbergs globaler Ungerechtigkeit sind volle Flüchtlingsboote an Europas Grenzen. Ob Menschen, negative klimatische Veränderungen oder – wie aktuell der Fall – Pandemien: Ignorieren wir die Probleme „der Anderen“, werden diese Probleme früher oder später irgendwann mal unsere eigenen. Die Überwindung kolonialer Kontinuitäten – in diesem Kontext konkret in Deutschland – ist also mehr als ein selbstloser Akt der Menschlichkeit. Es geht um unser aller Zukunftsfähigkeit.

Wieso die deutsche Kolonialzeit ausgeklammert wird

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum wir kaum etwas über die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Bezüge zur Gegenwart wissen. In Deutschland gibt es zwei spezifische Gründe, warum keine angemessene Befassung mit der Kolonialzeit stattfindet:

- Im Gegensatz zu einer seit Jahrhunderten betriebenen Kolonialpolitik durch Mächte wie Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Spanien oder Portugal ist Deutschlands Geschichte als Staat vergleichsweise kurz. Erst mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 klinkte sich Deutschland in die damalige Weltpolitik ein. Auch vor diesem Hintergrund ist der in der deutschen Kolonialzeit geprägte Ausdruck „Platz an der Sonne“ (1897) zu verstehen: Die „verspätete Nation“ Deutschland beanspruchte nun neben den etablierten Mächten, die schon seit Kolumbus und Co. aktiv waren, auch Einflussphären in der Welt. Spät zu Kolonialbesitz gelangt, endete die Kolonialzeit schon wieder nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg 1918/19. Bis heute wird daher immer wieder darauf verwiesen, dass die deutsche Kolonialzeit nur kurz währte und daher historisch gesehen kaum relevant für die Gegenwart sei.
- Die berechtigte Aufmerksamkeit, die die Erinnerungspolitik rund um das Kapitel des Nationalsozialismus erfordert, lässt kaum Raum für eine angemessene Berücksichtigung anderer Epochen unserer Geschichte, die für unsere Gegenwart relevant sind.

Neben diesen beiden für Deutschland spezifischen Gründen ist generell anzunehmen, dass alle ehemaligen Kolonialmächte insbesondere aufgrund ökonomischer Erwägungen kaum ein Interesse an einer Erinnerungspolitik haben können, die uns immer wieder klarmachen würde, dass unser heutiger Wohlstand vielfach mit der Kolonialzeit und damals eingefädelt Formen einer „globalen Arbeitsteilung“ zusammenhängt.

Eine solche Erinnerungspolitik würde umgekehrt auch viele Phänomene wie Armut und Perspektivlosigkeit sowie damit verbundene Fluchtbewegungen (auch in Richtung EU) historisch erklärbarer machen. Despektierliche Begrifflichkeiten wie „Wirtschaftsflüchtling“, die bestimmten Gruppen von Geflüchteten quasi generell unterstellen, sich aus überwiegend selbst verschuldeten Misere auf den Weg ins „gemachte Nest“ zu begeben, würden unweigerlich auf den Prüfstand gelangen. Denn dass es dieses „gemachte Nest“ gibt, hängt auch mit der Kolonialgeschichte zusammen und ist nicht allein mit Innovationskraft, Organisation und Arbeitsethik zu erklären.

Frühes Engagement der „verspäteten Nation“

Wenn man sich mit der deutschen Kolonialzeit und ihren Auswirkungen befassen will, genügt es nicht, sich auf den Zeitraum 1871 bzw. 1884/85-1918/19 zu beschränken.

Schon während der Jahrhunderte des transatlantischen Sklavenhandels und der damit verbundenen Versklavungsökonomie profitierten deutsche Kaufleute und deutsche Territorien von der größten Zwangsmigration der Geschichte.

Der transatlantische Dreieckshandel ist als zentraler Umverteilungsmotor bei der Schaffung einer christlich-abendländisch dominierten Welt zu verstehen. Nie zuvor wurde so viel Kapital angehäuft. Neben unzähligen Menschen aus dem späteren Deutschland, die zeitweise erhebliche Teile der Schiffscrews europäischer Kolonialmächte ausmachten, profitierten deutsche Kaufleute im Schlepptau anderer Nationen dies- und jenseits des Atlantiks. So versuchten etwa die Handelshäuser der Fugger und Welser schon von Anfang an mitzuverdienen, sei es als Kreditgeber, sei es durch den Erwerb eigener Territorien auf dem amerikanischen Kontinent, um von der Sklavenwirtschaft unmittelbar zu profitieren. Aber auch Territorien bzw. Städte, die sich entweder damals schon auf deutschem Boden befanden oder später deutsch wurden, engagierten sich früh. So war das Kurfürstentum Brandenburg bzw. ab 1701 Preußen von 1684-1717/20 zwecks Erwerbs von Sklaven an der Goldküste (heutiges Ghana) präsent (dazu siehe auch den Beitrag von Tina Adomako ab Seite 16). Mit Tauschwaren beladene Schiffe verließen auch den damals dänischen Flensburger Hafen, um diese an Afrikas Küsten

gegen die begehrte „menschliche Ware“ einzutauschen. Noch heute rühmt sich die Stadt damit, „Rumstadt“ zu sein. Dass die Zucker- und Rumproduktion bis weit ins 19. Jahrhundert untrennbar mit Sklavenarbeit verbunden war, wird hingegen gerne ausgeblendet. Deutsche waren auch in der Übergangszeit aktiv, in der der transatlantische Versklavungshandel abebbte und Stimmen nach offiziellem Kolonialbesitz in Deutschland lauter wurden. So errichtete das Hamburger Handels- und Reedereiunternehmen Woermann 1849 – also schon vor der Reichsgründung und über drei Jahrzehnte vor Beginn der Kolonialzeit – Stützpunkte an Afrikas Westküste. Haupthandelsgut: Alkohol. Dieses moralisch verwerfliche Geschäft rechtfertigte man auch mit dem Erhalt deutscher Arbeitsplätze in der Spirituosenproduktion. Mit solchen „Argumenten“ versuchten Geschäftsleute den politischen Eliten Kolonialbesitz schmackhaft zu machen. Zu diesen deutschen Akteuren aus der Wirtschaft kamen noch Kartographen, Philosophen, Missionare etc. hinzu, die schon lange vor der Reichsgründung aktiv waren und die Unterwerfung der Welt entweder mitemöglichten, als Vordenker die ideologischen Grundlagen dafür schufen oder schlicht Nutznießer*innen von sich zugunsten weißer Menschen ändernden Machtverhältnissen wurden. Wenngleich aber andere – allen voran Großbritannien – das Geschäft vor Beginn des offiziellen Eintritts Deutschlands als Kolonialmacht dominierten, so ist dieses Kapitel auch in einer indirekteren Form für die nachfolgende Geschichte Deutschlands relevant:

Die Sklaverei, die es seit dem Entstehen sogenannter Hochkulturen weltweit in unterschiedlichen Ausprägungen gab, war in über 10.000 Jahren tendenziell „farbenblind“. Jede/r konnte theoretisch Sklav*in sein, was im Umkehrschluss heißt: Jede/r konnte auch frei sein. Das heißt nicht, dass Menschen vorher keine Hautfarben wahrnahmen. Aber: Es gab noch keine dauerhaft etablierte „Rassen“-Hierarchie. Die zunehmende ökonomische Abhängigkeit von afrikanischen Sklav*innen schuf jedoch einen „Farbmarker“, wodurch die Sklaverei erstmals dauerhaft aufgrund von äußerlichen Merkmalen institutionalisiert wurde. Diese Schaffung einer „Rasse“, die man als minderwertig definierte, schuf die moralische Rechtfertigung für dieses unmenschliche Wirtschaftssystem. Indem man Gruppen von Menschen systematisch dehumanisierte, meinte man weiterhin „gute/r Christ*in“ bleiben zu können: Die Unmenschlichkeit – so die menschenverachtende „Logik“ – richtete sich ja schließlich nicht gegen Menschen. Damit



gewann auch die Selbstbezeichnung „weiß“ (als Gegenpol zu „Schwarz“), die es vorher zwar gab, aber nicht von hierarchisierender Bedeutung war, an entscheidender Relevanz.³ Rassistische Beschreibungen Schwarzer Menschen aus Zeiten vor dem Schwarzwerden der Sklaverei dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass andere Aspekte wie Religion das Selbstbild weißer Menschen bis dahin bestimmten. Erst mit dem Entstehen der westlichen Welt änderte sich dies. Die Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaats war somit überhaupt erst möglich geworden.

Die Anhäufung von Kapital in bis dahin nie dagewesenem Maße schuf die Voraussetzung für die Industrialisierung wesentlich mit. Mit diesem Kapital wurde sozusagen die nächste „Entwicklungs“-Stufe finanziert. Nicht zufällig begann diese dort, wo man Jahrhunderte die Nase vorn hatte im Geschäft mit Sklav*innen aus Afrika bzw. ihren Nachfahren in den Plantagensellschaften der Amerikas: 1769 sorgte die erste taugliche Dampfmaschine in Großbritannien dafür, dass die Abhängigkeit von Muskelkraft nach einer Übergangsphase allmählich abnahm, womit Sklav*innenökonomien zum Auslaufmodell wurden. Von der Industrialisierung, die mit der Textilindustrie begann, profitierte auch und gerade Deutschland. Ohne die Baumwolle aus den USA, die bis in den US-amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) hinein durch Sklav*innenarbeit erzeugt wurde, wäre diese frühe Phase der Industrialisierung kaum denkbar. Wichtig: Es gab keinen alternativlosen Automatismus à la „Sklavenökonomie = Kapitalanhäufung = Industrialisierung“. Die Versklavungsökonomien Lateinamerikas industrialisierten sich etwa im Gegensatz zu den USA kaum (die Gründe hierfür u.a. in aller Kürze: Langfristig machten die Investoren, die in Sklavenhandel und -ökonomie investierten und nicht die Sklavenökonomien selbst das Rennen. Erstere konnten Kapital in neue Ökonomien investieren, nachdem die Sklaverei Auslaufmodell geworden war; die (Nordstaaten der) USA waren hier eher mit Europa vergleichbar. Letztere – also die unmittelbar auf Sklav*innenarbeit beruhenden Ökonomien – verloren ihre wirtschaftliche Grundlage.)

Die Berliner Afrika-Konferenz wäre ideologisch ohne den zuvor entstandenen Glauben an eine „Rassenhierarchie“ und ökonomisch ohne die mit der einsetzenden Industrialisierung nötig gewordene Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten kaum denkbar.

Beides, also zum einen der entstandene „moderne“ Rassismus, der die Verbreitung einer Nationalstaatidee begünstigte, sowie zum anderen die Industrialisierung und damit verbundene neue Interessen, ermöglichte eine neue Phase des Kolonialismus. Diesmal war Deutschland von Beginn an offiziell beteiligt. Insbesondere die hektisch betriebene Aufteilung Afrikas, deren Höhepunkt die Berliner Afrika-Konferenz 1884/85 darstellte, ist an dieser Stelle zu nennen. Sie wäre ideologisch ohne den zuvor entstandenen Glauben an eine „Rassenhierarchie“ und ökonomisch ohne die mit der einsetzenden Industrialisierung nötig gewordene Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten kaum denkbar. Tragisch (bis heute): Möglicherweise wäre der „moderne“ Rassismus, der sich im 17. Jahrhundert allmählich entwickelte und sich bis ins späte 19. Jahrhundert weitestgehend in weißen Gesellschaften etabliert hatte, nach Abebben des transatlantischen Versklavungshandels zu einem Auslaufmodell geworden. Tatsächlich blieb er aber zum einen weiter nützlich, weil man nun eine Legitimation für den Zugang zu den Rohstoffen Afrikas (und anderen Kontinenten) brauchte (Stichwort: „Zivilisierungsmission“) und zum anderen angesichts der im Zuge der Industrialisierung verelendenden Arbeiter*innenmassen und den damit verbundenen sozialen Spannungen ein doppeltes Ventil brauchte: Einerseits schuf man so über die Hautfarbe ein einendes (Pseudo-)Band zwischen weißen Eliten und Proletariat, das sich immerhin noch gegenüber Nicht-Weißen überlegen fühlen durfte, etwa indem ihm bei Völkerschauen⁵ das Gefühl der eigenen vermeintlichen Überlegenheit vermittelt wurde. Auch Kolonialwaren, die oft mit rassistischer Werbung angepriesen wurden, gaben Konsument*innen das Gefühl vermeintlicher Überlegenheit.⁶ Andererseits dienten Kolonien auch als Ventil, um den einsetzenden Bevölkerungsdruck im „Mutterland“ zu regulieren. Viele Menschen, die es in den Kolonien „zu etwas brachten“, waren vorher eher erfolglos und entbehrlich.

Tatsächlich durchführbar wurde diese Kolonialisierung aber auch und gerade durch die Situation in Afrika, die der transatlantische Sklavenhandel zuvor schuf. Relativ wenige profitorientierte afrikanische Akteur*innen, die an der größten Zwangsmigration der Geschichte über die Jahrhunderte gut mitverdienten, förderten durchweg eine Destabilisierung in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht. Immerhin verlor der Kontinent dadurch schätzungsweise 60 Millionen Menschen in etwa 400 Jahren. Dies schwächte Afrika als Ganzes so sehr, dass die Kolonialisierung recht leicht durchführbar war. Zwar gab es auch immer Widerstand. Der wurde aber mit dem immer größer werdenden Machtgefälle aussichtsloser. Der transatlantische Sklavenhandel verschob das Machtgefälle zugunsten der damit entstehenden christlich-abendländischen Welt und zum Nachteil Afrikas, weiter Teile Asiens, aber auch zum Nachteil des vorkolumbianischen Amerikas und anderer Weltgegenden. Trotz einer verhältnismäßig marginalen Beteiligung Deutscher während des transatlantischen Sklavenhandels und den damit verbundenen Ökonomien muss klar gesagt werden: Die daran primär beteiligten Mächte ebneten auch Deutschland den Weg zur Kolonialmacht – wenngleich dies sicherlich nicht ihr Ziel gewesen war.

Die deutsche Kolonialzeit

Nachdem das Deutsche Reich 1871 gegründet worden war, wurde in Teilen der Gesellschaft der Ruf nach Kolonialbesitz lauter. Diesem beugte sich schließlich auch Reichskanzler Otto von Bismarck, der ursprünglich an informellere (und damit billigere) Formen globaler Einflussnahme zwecks Sicherung handelspolitischer Interessen gedacht hatte. Dabei wurde die deutsche Politik zunächst oftmals vor vollendete Tatsachen gestellt und geriet unter „Zugzwang“.

„die rücksichtslose und entschlossene Bereicherung des eigenen Volkes auf anderer schwächerer Völker Unkosten“

So im Falle Deutsch-Südwestafrikas (heute Namibia), wo der Bremer Kaufmann Lüderitz zuvor auf der Grundlage betrügerischer Verträge Land von lokalen Autoritäten erworben hatte. Nach seinem Bitten wurde das Land unter „Reichsschutz“ gestellt. Ähnlich verlief es auch in den meisten anderen Fällen in Afrika (neben Namibia Togo (umfasste auch Teile des heutigen Ghanas),

Kamerun (umfasste zeitweise auch Teile der heutigen Staaten Gabun, Republik Kongo, Nigeria, Tschad und Zentralafrikanische Republik) und Deutsch-Ostafrika (heute: Tansania, Ruanda, Burundi sowie Teile des nördlichen Mozambique) sowie im pazifischen Raum (Teile des heutigen Papua-Neuguineas sowie Inseln u. (Teile von) Inselgruppen im Pazifik), wo deutsche Akteure eigeninitiativ Tatsachen schufen. So auch der später im Deutschen Kaiserreich aufgrund seiner Brutalität gegenüber Afrikaner*innen als „Hänge-Peters“ bezeichnete Carl Peters, der ganz klar formulierte, dass es am Ende um „die rücksichtslose und entschlossene Bereicherung des eigenen Volkes auf anderer schwächerer Völker Unkosten“ gehe. Durch Schutzbriefe übertrug das Deutsche Reich den privaten Akteuren die Organisation von Handel und Verwaltung vor Ort. Kiautschou in China wurde erst spät (1897/98) erworben. Dabei handelte es sich in vielfacher Hinsicht um einen Sonderfall, auch deshalb, weil es ein Pachtgebiet war, das nicht über das Auswärtige Amt bzw. später über das Reichskolonialamt, sondern über das Marineministerium verwaltet wurde.

Besonders Aufstände in verschiedenen deutschen Kolonialgebieten, die durch eine zunehmende Bevormundung der ansässigen Bevölkerung ausgelöst wurden, bewirkten ein immer direkteres Eingreifen des Deutschen Reichs. Bezogen auf Afrika sind in diesem Kontext vor allem zwei Aufstände zu nennen, die Deutschland zum Handeln „zwangen“.

Widerstand in den Kolonien

Das damalige Deutsch-Südwestafrika war die einzige richtige Siedlerkolonie Deutschlands. Siedlerkolonien entstehen in der Regel nur da, wo für Europäer*innen klimatisch als geeignet erachtete Bedingungen herrschen. Dort wurden 75 Prozent des Landes den Deutschen zugesprochen. Die Rinderpest von 1896/97 raffte vor allem das Vieh der ortsansässigen Bevölkerung dahin und beschleunigte die Verschuldung und die Verelendung der anfangs zum Teil mit den Deutschen kooperierenden Bevölkerungsgruppen vor Ort. Die Siedler*innen selbst konnten ihr Vieh weitestgehend durch Impfungen retten. Darauf folgende Dürren, Epidemien sowie die Bekanntgabe der Reservatgrenzen für die afrikanische Bevölkerung 1903 lösten zusammen mit dem Eisenbahnbau, der immer mehr Siedler*innen ins Landesinnere lockte, Anfang 1904 einen Aufstand der Herero aus. Der Anführer Samuel Maharero kämpfte nun gegen die Deutschen. Nachdem der in zahlreichen



Kriegen erprobte Lothar von Trotha den Gouverneur Leutwein ablöste, begann ein Krieg, der sich zu einem Vernichtungsfeldzug entwickelte.

Spätestens diese Vernichtungspolitik ebnete den deutschen Siedler*innen den Weg zur effektiven Besitznahme des ihnen zugesprochenen Lands.

Von Trotha selbst beschrieb den Krieg als „Rassenkampf“. Die Nama beteiligten sich unter Führung von Hendrik Witbooi ab Herbst 1904 ebenfalls am Aufstand gegen die Kolonialmacht. Militärische Gewalt und Vertreibung in unwirtliche Gebiete – namentlich das Abdrängen der Herero in die Omaheke-Wüste forderten am Ende – 1908 – je nach Schätzungen bis zu 100.000 Tote auf afrikanischer Seite. Etwa vier von fünf Toten waren Herero, der Rest Nama. Es wurde schätzungsweise die Hälfte der Bevölkerung vor Ort vernichtet. Auf deutscher Seite waren am Ende 1750 Opfer zu beklagen. Welches andere Wort als Völkermord wäre also sonst angemessen, um die damaligen Vorgänge zu beschreiben? Bis heute streiten Historiker*innen darüber. Fakt ist: Spätestens diese Vernichtungspolitik ebnete den deutschen Siedler*innen den Weg zur effektiven Besitznahme des ihnen zugesprochenen Lands. An diesen Besitzverhältnissen hat sich bis heute (!) kaum etwas geändert.

Das damalige Deutsch-Ostafrika unterschied sich in vielerlei Hinsicht grundlegend vom heutigen Namibia. Es lebten dort schätzungsweise nahezu 40-mal so viele Menschen wie in Deutsch-Südwestafrika. Zudem gab es in dieser Region schon seit Jahrhunderten transkontinentale Handelsnetzwerke und insbesondere an den Küsten Städte, wo Kulturen seit Jahrhunderten verschmolzen. Der hohe Lehnwortschatz aus dem Arabischen im Kiswahili (dt.: die Sprache der Küstenbewohner) verdeutlicht dies. Romantisiert werden soll diese Epoche keinesfalls: Auch in diesem Kontext war das Verhältnis oftmals eines von Herrschern und Beherrschten. Diesen Umstand nutzten nicht zuletzt die europäischen Kolonialmächte aus, um die Errichtung ihrer Herrschaft zu rechtfertigen. Der vermeintliche Kampf gegen den innerafrikanischen, oftmals von arabischen Händlern dominierten Sklavenhandel, diente vielfach als Vorwand, um aktiv zu werden. Dass Zwangsarbeit unter europäischer Herrschaft bestehen blieb und zum Teil nie

dagewesene Opferzahlen forderte, sollten breite Teile der Bevölkerung schnell am eigenen Leib erfahren.⁷

Nachdem die systematische Entwaffnung der Bevölkerung vor Ort bereits ab 1904 für Unmut sorgte, gipfelte die Unzufriedenheit mit der deutschen Kolonialherrschaft schließlich 1905 in der Erhebung vieler Gruppen gegen die Deutschen. Letzter Auslöser waren neue gesetzliche Regelungen: Zum einen sollte die Hütten- durch eine Kopfsteuer ersetzt werden, was den Abgabedruck weiter steigerte. Wer nicht zahlen konnte, musste arbeiten, um die Steuerpflicht zu begleichen. Zudem wurde eine Regelung getroffen, die alle Männer generell zu 28 Tagen Zwangsarbeit pro Jahr zusätzlich verpflichten sollte. Um das alles vor Ort kontrollieren zu können, wurden oftmals ortsfremde „Dorfvorsteher“ – oft arabischer Herkunft – als verlängerter Arm der Kolonialmacht installiert. Zur Zeit der anstehenden Baumwollernte begann der Aufstand. Zuvor gelang es dem Prediger Kinjikitile Ngwale den Glauben zu streuen, dass diejenigen, die das Wasser des Flusses Rufiji trinken oder mit sich tragen, unverwundbar würden. Daher auch der Name des Aufstands „Maji Maji“; auf Kiswahili bedeutet Maji Wasser. Nicht alle kämpften jedoch gegen die Deutschen. Unter anderem warb die Kolonialmacht zumeist ortsfremde, sogenannte Askaris an, die als Schutztruppe zusammen mit anderen Bevölkerungsteilen aufseiten der Deutschen kämpften. Am Ende spricht man von 300.000 Opfern. Diese Zahl umfasst auch die Opfer einer gezielten Politik der verbrannten Erde durch die Deutschen. Viele verhungerten. Zum Vergleich: Auf deutscher Seite starben (ohne afrikanische Kollaborateure) 15 Menschen. 1908 löste sich der letzte Widerstand auf. Die Entvölkerung ganzer Landstriche führte zum Teil dazu, dass sich Wildtiere wieder ausbreiten konnten, auch in Gebieten, die der brutale Kolonialakteur Hermann von Wissmann bereits Ende des 19. Jahrhunderts zwangsentvölkerte und zu Wildtierreservaten erklären ließ. Wer heute also in Tansania auf Safari ist, sollte sich bewusst sein, dass es sich nicht immer um das „ursprüngliche, unberührte Afrika“ handeln muss, das sie / ihn gerade umgibt. „Serengeti durfte“ also schon während der deutschen Kolonialzeit „nicht sterben“, während für die Bevölkerung andere Maßstäbe galten.⁸

Auch in anderen Gebieten gab es Widerstand. Und: Neben den beiden großen Aufständen gab es durchweg immer wieder kleinere und regional beschränkte Aufstände in allen überseeischen Besitzungen. Wer sich auf das deutsche Recht berief, um zugefügtes Unrecht

wie etwa Enteignungen und Zwangsarbeitsregelungen rückgängig zu machen, bekam schnell zu spüren, dass dieses Recht nicht für nicht-weiße koloniale Untertanen galt. Rudolf Manga Bell aus Kamerun ist hier ein prominenteres Beispiel: Aus königlicher Familie stammend und zum Teil in Deutschland lebend, bezahlte er seinen Kampf gegen Willkürherrschaft, Arbeitszwang und Enteignungen mit seinem Leben. Wenige Tage nach Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er hingerichtet.

„so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“

Das Recht galt also nur dann, wenn es den (Erwerb von) Besitzstand und die Wahrung von Privilegien absicherte. Am Ende galt folgender in jener Zeit durch einen Briten geäußerte Satz: „Whatever happens, we have got / the Maxim Gun, and they have not“, der die ungleichen Kräfteverhältnisse veranschaulicht. Die Politik der totalen Vernichtung oder Unterwerfung mit allen Mitteln wurde von oberster Stelle abgesehen, wie etwa Kaiser Wilhelms II. „Hunnenrede“ anlässlich des Aufstands in China („Boxeraufstand“) 1900 verdeutlicht: „Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ Dass des Kaisers damaliger Satz überholt ist, versteht sich von selbst. Kein anderer Staat der Welt trägt zurzeit mehr zum Bedeutungsverlust der transatlantischen, christlich-abendländisch dominierten Welt bei als China; sein Reiterstandbild etwa auf der Kölner Hohenzollernbrücke wird auch von einer wachsenden Zahl chinesischer Geschäftsleute und Tourist*innen fotografiert.

Von den Aufständen zum Verlust der Kolonien

Die Niederschlagung der Aufstände machte „den Weg frei“, um die Kolonialgebiete effektiver zu beherrschen. Zwar versuchte man auch Lehren aus den Aufständen zu ziehen. So sollte der Umgang mit der Bevölkerung vor Ort maßvoller und humaner werden, getreu dem Motto: Eine relativ zufriedene und friedliche Bevölkerung kann einen größeren Beitrag dazu leisten, die ökonomischen

Interessen der Kolonialmacht zu unterstützen. Die Reformen des 1907 gegründeten Reichskolonialamts scheiterten in der Praxis jedoch weitestgehend aufgrund kurzsichtiger, primär ökonomischer Interessen. In Deutsch-Südwestafrika erreichte der Zustrom an Siedler*innen nach dem Völkermord neue Dimensionen, wodurch eine Rückkehr zum vorkolonialen Status quo unmöglich wurde.

Trotz aller Versuche, Gewinne aus den Kolonien zu ziehen, blieb das Handelsvolumen überschaubar. Das Volumen der Ausfuhren aus den Kolonien in Richtung Deutsches Reich betrug mit 0,5 Prozent sogar nur die Hälfte der Exporte, die von Deutschland in die deutschen Kolonien gingen. Afrika verließen damals vor allem agrarische Erzeugnisse wie Kaffee, Kakao, Baumwolle oder Kautschuk, während Bodenschätze kaum eine Rolle spielten – mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika, wo ab 1908 Diamanten abgebaut wurden. In die Kolonien gingen unter anderem Alkohol, Waffen, Textilien sowie Baumaterialien. Das Handelsvolumen wuchs aber nach der Kolonialzeit weiter – bis heute. Viele weitere Rohstoffe bzw. Produkte kamen hinzu.

Aber auch in anderer Hinsicht versuchte man zu profitieren, so beispielsweise in der Medizin: An den kolonialen Untertanen wurden Experimente mit Krankheitserregern durchgeführt. Auch Robert Koch – spätestens seit der Corona-Pandemie 2020 auch in der breiten deutschen Öffentlichkeit wieder ein Begriff – nutzte diese Situation aus, nachdem solche Menschenversuche kurz zuvor in Deutschland selbst verboten worden waren.

Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 gingen außer Deutsch-Ostafrika alle Kolonien schnell verloren. Dort kämpfte Lettow-Vorbeck mit überwiegend afrikanischen Truppen bis zur deutschen Kapitulation 1918. Die später auch von den Nazis benutzte „Dolchstoßlegende“, nach der eine verräterische Politik die Kapitulation unterschrieben hatte, obwohl man im Kampf unbesiegt gewesen sei, wurde auch durch diese letzten militärischen „Erfolge“ Deutschlands begründet.

Koloniale Kontinuitäten in den ehemaligen Kolonien

Das defizitäre Bild des Globalen Südens, vor allem Afrikas, liefert auch heute noch vielfach die Rechtfertigung für unser dortiges Engagement, das unter dem Strich vor allen – wenn auch nicht ausschließlich – der Aufrechterhaltung ökonomischer und (sicherheits)politischer Interessen dient. Je stärker die Meinung weiter vorherrscht, dass etwa Afrika



geschichtslos und unfähig zu „Entwicklung“ aus eigener Kraft sei, desto leichter kann auch eine ehemalige Kolonialmacht dort weiterhin mit Billigung (oder zumindest der Gleichgültigkeit) der breiten Masse seiner Bürger*innen aktiv sein. Im Übrigen strahlt dieser defizitäre Blick auf Afrika (und andere Weltgegenden) auch potentiell immer wieder auf nicht-weiße Deutsche aus. So gesehen kann beispielsweise ein starkes Afrika indirekt dazu beitragen, dass auch Schwarzen Deutschen, die mit Afrika teilweise gar nichts zu tun haben, langfristig öfters auf der so oft bemühten Augenhöhe begegnet wird.

Nur wenn immer mehr Afrikaner*innen davon überzeugt sind, dass sich ihre Zukunft in Afrika abspielt, kann auch in dieser Hinsicht der lange Schatten der Kolonialzeit überwunden werden.

Eine vielfach in der Kolonialzeit eingefädelt „globale Arbeitsteilung“, in der sich vereinfacht gesprochen auf der einen Seite das Kapital und die weiterverarbeitende und wertschöpfende industrielle Produktion und auf der anderen Seite die Lieferanten möglichst unverarbeiteter Rohstoffe für die Industrie befinden, besteht im Kern bis heute vielfach fort. Unfaire Handels- und Zollpolitiken zementieren diese Rollenzuschreibungen vielfach. Diese emissionsintensive Wirtschaftsweise ist auch Hauptverursacher des menschengemachten Klimawandels, von dessen Folgen insbesondere Menschen im Globalen Süden betroffen sind. Während einerseits die Wüste auf dem Vormarsch ist – etwa im Sahel, werden andererseits Menschen vom steigenden Meeresspiegel und Küstenerosion bedroht. Dass viele Menschen, deren strukturelle Perspektivlosigkeit nun durch die Degradierung der Umwelt weiter zunimmt, auf der Suche nach Perspektiven ihre Heimat verlassen, muss auch als Folge des Kolonialismus betrachtet werden. Der Platz an der Sonne, den der Globale Norden zumindest auf der obersten politischen und ökonomischen Ebene, der Makroebene – noch – besitzt, stellt andere in den Schatten. Anstatt dies anzuerkennen, schürt nicht nur die rechte Politik vielfach Ressentiments gegen Geflüchtete und illegalisiert sie zusehends. Dabei wäre es nicht nur moralisch geboten, dass wir in die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit verwundbarer Gruppen vor Ort investieren, sodass diese angemessen auf Herausforderungen reagieren können. Die Resilienz

vulnerabler Gruppen, die auch eine wachsende wirtschaftliche Unabhängigkeit umfassen muss, ist langfristig Garant für unsere eigene Resilienz. Da dies nur unzureichend geschieht und eine Feigenblattpolitik beherrschtes Handeln oft ersetzt, drängt sich einem zumindest folgender Verdacht auf: Ein zu eigenständiges und sich tatsächlich auf Augenhöhe befindendes Afrika stellt eine Gefährdung einer vielfach historisch begründeten Mächtekonstellation dar. (Wachsende handelspolitische Aktivitäten neuer globaler Mächte in Afrika und anderswo gehören im Übrigen zu diesem „Bedrohungsszenario“ ebenfalls dazu.) Würde eine kritische Bevölkerungsmehrheit das defizitäre Bild von Afrika und Co. ernsthaft infrage stellen, wären viele unfaire Handelspraktiken oder andere Formen der Einflussnahme in dortige politische und gesellschaftliche Prozesse in ihrer aktuellen Form nicht mehr denkbar.

Umgekehrt stehen aber auch viele Menschen in den ehemaligen Kolonien einer Überwindung der für sie nachteiligen Situation im Weg: Denn negative Fremdzuschreibungen werden tendenziell mit fortschreitender Zeit auch zu Selbstzuschreibungen und -beschränkungen. Die Kultivierung eines neuen kollektiven Selbstbewusstseins ist daher mindestens genauso wichtig, wie eine Überwindung historischer Rollenzuschreibungen in rein ökonomischer Hinsicht. Nur wenn immer mehr Afrikaner*innen davon überzeugt sind, dass sich ihre Zukunft in Afrika abspielt, kann auch in dieser Hinsicht der lange Schatten der Kolonialzeit überwunden werden. Das wird übrigens in der Agenda 2063 der AU (Afrikanische Union) auch ausdrücklich festgehalten: Damit Afrika das koloniale Erbe überwinden kann, bedarf es nicht nur einer ökonomischen Entwicklung, die den Kontinent unabhängiger von externen Zwängen macht; auch bedarf es einer neuen Geisteshaltung – in der Agenda Panafrikanismus und African Renaissance genannt. Dieses Umdenken ist Grundlage dafür, dass alle anderen politischen, ökonomischen und ökologischen Ziele der Agenda 2063 eine Chance auf Realisierung haben.

Von großen Teilen der derzeitigen Eliten vor Ort ist hier jedoch zurzeit kaum mehr als Rhetorik zu erwarten. Denn zu sehr profitieren sie nach wie vor von dieser „globalen Arbeitsteilung“: Ihre Rolle als Rohstofflieferant hat viele Vorteile. Während politische Eliten in Gesellschaften, in denen verarbeitende Industrien dominierend sind, in der Regel durch demokratische Wahlen legitimiert werden

müssen, können primär Rohstoffe exportierende Länder bzw. die dortigen Eliten am Volk weitestgehend vorbeiregieren – ohne tatsächlich demokratisch legitimiert zu sein. Europäische Eliten benötigten im Übrigen auch lange keine demokratische Legitimation. Langfristig schuf aber die Industrialisierung eine mit zunehmender Kaufkraft ausgestattete Konsument*innenschicht, die einen auf Steuerzahlungen fußenden Staat ermöglichte und an politischem Gewicht gewann. An ihr konnte immer weniger vorbeiregert werden. Aber für die meisten afrikanischen Eliten besteht kein Zugzwang, ihre Länder zu industrialisieren – mit allen erwähnten möglichen Konsequenzen, die sie womöglich Macht und Einfluss kosten würden. Der defizitäre Blick auf Afrika schadet diesen Eliten nicht. Der Rassismus des kleinen *weißen* Mannes (und Frau) etwa, der möglicherweise in Deutschland am Existenzminimum lebt, bedroht ihr Luxusleben nicht. Solange man eine/n solche/n Politiker*in nicht in einer Nacht- und Nebelaktion aus dem Präsidentenpalast entführt, zusammen mit Menschen der weit weniger privilegierten Masse seiner eigenen Bevölkerung ins nächstbeste „Flüchtlingsboot“ setzt und in Europa persönlich mit dem Rassismus konfrontiert, den viele „seiner Leute“ tagtäglich – ob Geflüchtete/r oder in bester beruflicher Position – zu erdulden haben, wird diese Person wohl eher am Status quo festhalten. Da dieser Typ Politiker*in auch nicht die erwähnte „globale Arbeitsteilung“ infrage stellt, droht ihm auch von außen keine Gefahr – anders als bei der bisher recht überschaubaren Zahl afrikanischer Hoffnungsträger, die sich nicht selbst bereichern, sondern das koloniale Erbe überwinden wollten. Letztere waren oft so schnell weg, wie sie gekommen waren; wir als Globaler Norden hatten dabei nicht selten unsere Hände im Spiel.

Was einzelnen Hoffnungsträgern in Afrikas postkolonialer Geschichte nicht wirklich gelang, erzwingt vielleicht eine Masse, deren Köpfe zu zahlreich sind, als dass man sie alle abschlagen könnte.

Die Masse der afrikanischen Bevölkerung profitiert im Gegensatz zu etablierten Eliten jedoch nicht von einer „globalen Arbeitsteilung“, die strukturelle Perspektivlosigkeit zementiert. Eine afrikanische Renaissance in psychologischer und ökonomischer Hinsicht muss daher maßgeblich über die Masse der

Menschen – also im Wesentlichen von unten bzw. von den Akteur*innen, die nicht vom Status quo profitieren (wollen) – erfolgen. Eine tatsächliche Dekolonisation, die mehr als die formelle politische Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien bedeutet, liegt also zu einem guten Teil in ihren Händen. Und hier können wir etwa als organisierte Zivilgesellschaft einschließlich der zunehmend organisierten Diasporaakteur*innen sicher aufgrund unserer relativ großen Freiheiten und Freiräume – ohne Besserwisserei und Paternalismus – dazu beitragen, die Zivilgesellschaft vor Ort flankierend zu unterstützen, ob inhaltlich, personell oder finanziell. Denn so sehr das beschriebene, historisch bedingte „Big Picture“ mit seinen „Rollenzuschreibungen“ nach wie vor besteht, so sehr wollen immer weniger Menschen bei uns eine derart degenerierte globale Schiefelage akzeptieren – ganz gleich, ob man von ihr zurzeit profitiert. Getreu der Intention der Sustainable Development Goals, die bis 2030 unter dem Strich Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten möglichst umweltverträglich und nachhaltig verringern wollen, könnte hier ein globales Experiment von unten gestartet werden, wenn der Wille dazu auf allen Seiten da ist. Längst organisieren sich sowohl im Globalen Süden als auch im Norden immer mehr oftmals junge Menschen gegen Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen, Rassismus und Umweltzerstörung. Hier machen u.a. Bewegungen wie „Fridays for Future“ oder aber auch die verbreitete Solidarität *weißer* Menschen nach der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen *weißen* Polizisten in den USA am 25. Mai 2020 Mut. In Afrika selbst formieren sich auch immer mehr potentielle Change Makers. Das staatenübergreifende Netzwerk „Africans Rising“ sei hier beispielhaft genannt. Was einzelnen Hoffnungsträgern wie Patrice Lumumba, Thomas Sankara oder aber auch Nelson Mandela in Afrikas postkolonialer Geschichte nicht wirklich gelang – die tatsächliche Überwindung des kolonialen Erbes – erzwingt vielleicht eine Masse, deren Köpfe zu zahlreich sind, als dass man sie alle abschlagen könnte.

Koloniale Kontinuitäten in Deutschland

Die Dekolonisierung in den Köpfen vieler Menschen in Deutschland ist noch nicht abgeschlossen. Ein Beispiel: Das Entfernen oder Umwidmen historisch belasteter Kolonialdenkmäler oder Straßennamen gestaltet sich bis heute trotz aller Fortschritte zäh. Die weltweiten Proteste nach der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd haben auch in Deutschland die Diskussion um Rassismus



und das koloniale Erbe befeuert. Bundesweit haben Postkolonial-Initiativen und -Vereine nun möglicherweise mehr Gehör und Einfluss als jemals zuvor, um den weiteren Umgang mit belasteten Denkmälern und Straßennamen zu diskutieren.

Ein konkreter Vorschlag: 2019 verstarb der Afrodeutsche Theodor Wonja Michael 94-jährig in Köln. Dieser Mann, der unter anderem den Spiegelbestseller „Deutsch sein und Schwarz dazu“ schrieb, überlebte den Nationalsozialismus und setzte sich bis zu seinem Tod für ein Deutschland ein, das Hautfarbenhierarchien endlich überwindet. Es stehe schließlich nicht im Grundgesetz, wie ein Deutscher auszusehen habe, so Michael in der Deutsche Welle-Produktion „Afro.Deutschland“. In ganz Deutschland gibt es Straßen und Plätze, die einen neuen Namen gebrauchen könnten.



Eine Theodor-Wonja-Michael-Straße beispielsweise im Kölner „Afrika-Viertel“ im Stadtteil Nippes wäre eine gute Weiterführung eines Prozesses der Umwidmung belasteter Orte zugunsten Schwarzer Deutscher (und zugunsten von Vertreter*innen anderer marginalisierter Gruppen). Das würde zeigen, dass Deutschland begriffen hat, dass Schwarze Menschen nicht erst mit „dem letzten Flüchtlingsboot“ hierhergekommen sind, sondern viele schon längst Deutsche sind. Eine solche neue Erinnerungskultur hätte Deutschland dringend nötig, auch weil die Demografie Fakten schafft, die das Trugbild eines *weißen* Deutschlands mit jedem Tag fragwürdiger machen. Die Illusion, dass eine Nationalität quasi per Genetik an eine Ethnie, also somit auch wesentlich an äußerliche Merkmale gebunden ist, wird zunehmend obsolet. Die

Idee einer ethno-kulturellen Identität, die ehern an nationale Zugehörigkeit gebunden ist, kann nur funktionieren, wenn man einen Moment oder einen klar umrissenen Zeitraum einfriert und verabsolutiert; viel eher handelt es sich bei der Verbindung von ethnischen und kulturellen Eigenschaften um eine Beziehung auf Zeit. Salopper: „Biodeutsche“ hat es nie gegeben und wird es auch nie geben.

Wichtiger als die Umbenennung von Straßen etc. sowie die zunehmende Ächtung politisch unkorrekter, historisch belasteter Begriffe ist die Überwindung einer globalen Schiefelage, die vielfach Resultat der oben angerissenen Geschichte ist. Wenn sich an der Mächtokonstellation zwischen Nord und Süd wenig oder gar nichts ändert und in unserer Gesellschaft etwa Vorbehalte gegen Menschen, die aufgrund ihres von der sogenannten Mehrheitsgesellschaft abweichenden Aussehens oft nicht als integraler Bestandteil der Gesellschaft angesehen werden, weiterbestehen, dann helfen auch Umbenennungen und das zunehmende Verwenden politisch korrekter Begrifflichkeiten wenig. Wenn beispielsweise ein – oft unterbewusster – struktureller Rassismus ausschließende Mechanismen etwa im Bereich von Bildungs- und Berufschancen, bei der Wohnungssuche oder aber im Bereich von gesellschaftlicher und politischer Partizipation aufrechterhält, dann können sich die marginalisierten Gruppen am Ende des Tags wenig davon kaufen (oftmals im wahrsten Sinne des Wortes), dass herabsetzende Begriffe zunehmend verschwinden und durch bessere ersetzt werden. Die bei einigen Aktiven verbreitete Argumentation, dass ein veränderter Sprachgebrauch der Veränderung tatsächlicher Sachverhalte vorausgeht, ist sicherlich bis zu einem gewissen Punkt richtig. Aber die Konzentration auf Sprache birgt eine Gefahr: Ein deutlich veränderter Sprachgebrauch könnte im schlimmsten Fall sogar der Illusion Vorschub leisten, dass sich der Sachverhalt – also ungleiche Machtverhältnisse und die damit verbundenen Benachteiligungen marginalisierter Gruppen – automatisch verändert habe. Dann bestünde die Gefahr, zu meinen, man könne das Engagement vorzeitig herunterschrauben oder gar beenden, obwohl sich im Wesentlichen „nur“ der Sprachgebrauch, nicht aber der Sachverhalt verändert hat. Nutzen tut das auch und gerade denen, die an einer Wahrung des Status quo interessiert sind. Sie lernen dann im Zweifel „brav“ den geänderten Sprachgebrauch, ohne dass es in ihren Köpfen zwangsläufig zu einem grundsätzlichen Umdenken kommen muss.

Rassismus war nie menschlich. Heute aber macht er auch ökonomisch für immer weniger Weiße Sinn.

Zu Rassismus gehört aber nicht nur die künstliche Abwertung Nicht-*Weißer*, sondern auch – und das wird seltener thematisiert – die ebenso künstliche Aufwertung *Weißer*. Dass Rassismus entstand, um inhumane Ökonomien abzusichern, wurde angerissen und ist relativ bekannt und unumstritten. Aber die Dehumanisierung Nicht-*Weißer* verfolgte auch ein weiteres Ziel, was auch und gerade heute wieder aktuell ist: Es ging auch stets darum, den kleinen *weißen* Mann (und Frau) im Zaum zu halten: Schon in den Amerikas des 17. Jahrhunderts verhinderte Rassismus eine Verbrüderung der Ausgebeuteten etwa in den frühen Plantagenökonomien über Hautfarbengrenzen hinweg (am Anfang war Zwangsarbeit dort nicht Schwarz). Zur Beruhigung warfen Eliten den kleinen *Weißen* ein paar materielle und / oder psychologische „Extra-Happen“ zu. Damit lenkten sie schon damals Wut und Unzufriedenheit von sich selbst ab. Ähnliches geschah auch – wie weiter oben beschrieben – im Zeitalter der Industrialisierung. Und heute werfen Trump, Le Pen, AfD und Co. ihrer Klientel wieder Happen zu. Nur: Die Happen, die ohnehin immer öfters rein psychologische sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wachsende Zahl kleiner *weißer* Leute weltweit dadurch nicht wirklich besser dasteht. Das ist vergleichbar mit dem Placebo-Effekt: Menschen bilden sich „nur“ ein, dass es ihnen bessergeht oder zumindest, dass sie besser als Nicht-*Weiße* sind bzw. ihnen mehr zustünde. Das „nur“ übrigens deshalb, weil wir alle wissen, dass sich mit Einbildung Politik machen lässt. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass nicht nur Teile der kleinen *Weißen* den Populist*innen auf den Leim gehen, sondern Menschen aus allen sozialen Schichten. Je mehr die Struktur, die *weiße* Privilegien bestätigt, jedoch erodiert (und das tut sie, wie nicht zuletzt der globale Aufstieg nicht-*weißer* Mächte zeigt), desto weniger wird dieses Placebo namens Rassismus künftig wirken. Wenn der Westen bestehen will, muss er sich also im eigenen Interesse von seinem oftmals unausgesprochenen *weißen* Selbstbild verabschieden. Letzteres würde seine Glaubwürdigkeit – auch und gerade die seiner freiheitlich-demokratischen Werte, die sich parallel zur Geschichte von Sklavenhandel und Kolonialismus entwickelt haben und die im Wesentlichen trotz ihres universellen Charakters exklusiv waren und sind – erheblich steigern.

Rassismus war nie menschlich. Heute aber macht er auch ökonomisch für immer weniger *Weiße* Sinn.

Heute machen strukturelle Ausbeutung und Perspektivlosigkeit vor immer weniger Gruppen halt. Das ist die Logik eines strikt auf Wirtschaftswachstum ausgelegten Systems, dessen Hauptziel die stetige Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist. Wer heute noch zu den „Gewinner*innen“ gehört, kann morgen schon „Verlierer*in“ sein. Der große zeitgenössische Denker Achille Mbembe spricht in diesem Zusammenhang von der „*conditio nigra*“ und meint mit „Neger“ keineswegs einen Menschen afrikanischer Herkunft (wofür das Wort auch nicht mehr verwendet werden soll, da klar rassistisch), sondern beschreibt vielmehr einen Typ Arbeiter*in, der in einer globalisierten Ökonomie auf der untersten Stufe steht und nicht einmal mehr als Konsument*in gebraucht wird. Dieser Typus entwickelte sich zwar maßgeblich in der Zeit des transatlantischen Versklavungshandels. Das System wuchs und wächst aber auch seit dem Ende dieser Epoche weiter und erfasst weltweit immer mehr Menschen, die in der Definition Mbembes als „Neger“ bezeichnet werden müssen. Der kleine *weiße* Mann (und Frau) also, der sich de facto längst in der „*conditio nigra*“ befindet (oder auf dem Weg dahin), muss einem (fast) schon leidtun. Nur weil er / sie aktuell noch konsumieren kann – wenn auch immer öfters nicht durch den Lohn der eigenen Arbeit, sondern durch staatliche Unterstützung und mit zunehmender Verschuldung – kann dennoch nicht darüber hinweggetäuscht werden: Sie haben keinen Platz an der Sonne – trotz relativer materieller und psychologischer Privilegien. Ihre Arbeit ist in einem zunehmend auf Einsparung von Produktionskosten ausgelegten System zu teuer geworden. Mit dem Geld, das sie zum Konsumieren vom Staat monatlich überwiesen bekommen, kaufen sie Waren, die oft unter unmenschlichen Bedingungen anderswo oder in Deutschland selbst erzeugt worden sind und tragen somit zur Funktionsweise eines Wirtschaftssystems bei, das das BIP-Wachstum als Hauptgradmesser zur Beantwortung der Frage nutzt, ob man einen Sonnenplatz hat oder nicht und das ihren Platz an der Sonne für dieses Oberziel im Zweifel opfert. Die in der Kolonialzeit eingefädelt „Arbeitsteilung“ ist also nicht nur für die breiten Massen im Globalen Süden – wie weiter oben beschrieben – nachteilig, sondern richtet sich auch zunehmend gegen immer breitere Schichten hierzulande. Statt sich mit denen zusammenzutun, mit denen man sich gemeinsam gegen Ausbeutung und



Perspektivlosigkeit und für gerechtere und nachhaltigere Formen des Wirtschaftens einzusetzen könnte, gehen immer mehr Menschen der völkischen Rhetorik der Rechtspopulist*innen auf den Leim und stärken diejenigen, die unter „Wir-Gruppe“ am Ende nur die eigene politische und ökonomische Führungsriege verstehen.

Auch hier – wie weiter oben bei der Betrachtung der kolonialen Kontinuitäten in Afrika – muss daher der potentiellen Rolle der breiten Bevölkerung als Change Maker ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Denn: Ein doch immer wieder stark auf Rhetorik basierender politischer Diskurs lässt Zweifel zu, ob politische und ökonomische Eliten trotz hehrer Absichtserklärungen (wie etwa das Bekenntnis zu den Sustainable Development Goals) tatsächlich dazu gewillt sind, signifikante Änderungen am bisherigen Wirtschaftssystem vorzunehmen.

Deutschland kann auf einen wachsenden Teil seiner Bevölkerung nicht verzichten, nur, weil wir gedanklich noch im 19. bzw. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also sozusagen im „Farbgefängnis“ hängen geblieben sind.

Wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass es nicht die vermeintlich Fremden sind, die für steigende Arbeitslosigkeit und zunehmend prekäre Lebensverhältnisse der „Alteingesessenen“ verantwortlich sind, sondern eine Art und Weise des Wirtschaftens, deren Hemmschwelle immer weiter sinkt und die immer mehr Menschen bedroht, wäre eine Resolidarisierung von Menschen untereinander unabhängig von Hautfarbe, Religion, sozialer Schicht etc. wieder denkbar. Dass dies völlig entkoppelt von ökonomischen Erwägungen schon allein aus menschlicher Sicht begrüßenswert wäre, ist selbstredend. Aber angesichts sich ändernder globaler Mächtekonstellationen sowie einem fortschreitenden demografischen Wandel in Deutschland sollten auch politische Entscheidungsträger*innen zunehmend erkennen, dass es hier nicht nur um gönnerhaften Altruismus geht. Unser Land sollte allen Bürger*innen im eigenen Interesse mehr tatsächliche Perspektiven bieten. Besonderer Nachholbedarf besteht hier jedoch bei der nicht-weißen Bevölkerung. Deutschland kann auf einen wachsenden Teil seiner Bevölkerung nicht verzichten, nur,

weil wir gedanklich noch im 19. bzw. in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also sozusagen im „Farbgefängnis“ hängen geblieben sind und unsere Anerkennungs- und Erinnerungskultur zu wenig dazu beiträgt, dieses koloniale Erbe zu überwinden. Ein Teil der potentiell fähigsten Köpfe – einziger strategischer Rohstoff Deutschlands – kann durch dieses Hinterherhinken so der Gesellschaft als Ganzes verloren gehen. Wenn eine Person das Gefühl hat, nie dazugehören – egal was sie tut – dann wendet sie sich möglicherweise von der Gesellschaft ab, in der sie sozialisiert wurde. Dabei ist die rein persönliche Abkapselung noch das kleinste Problem – zumindest gesamtgesellschaftlich gesprochen, denn für die betroffene Person selbst ist das in der Regel durchaus ein großes Problem. Gesamtgesellschaftlich gravierender wird es jedoch, wenn sich diese zurückgesetzten und enttäuschten Personen individuell oder gar in losen oder festen Zusammenschlüssen verschiedenster Art verbal oder darüberhinausgehend gegen die Gesellschaft richten, die eigentlich ihre Heimat sein könnte und müsste. Über ein zukunftsfähiges Deutschland wird auch maßgeblich die Frage bestimmen, wie sehr es gelingt, mit einer zunehmenden gesellschaftlichen Komplexität umzugehen. Eine neue Erinnerungs- und Anerkennungskultur muss hier endlich von der Kita an konsequent etabliert werden. Eine zurzeit von wachsenden Erfolgen verwöhnte rassistische Politik der einfachen Lösungen verspielt also letztlich nicht „nur“ die Zukunftsaussichten einzelner Gruppen jenseits der konstruierten „Wir“-Gruppe, sondern langfristig der gesamten Gesellschaft. Abgrenzungsmechanismen werden allerdings selbstredend nicht nur auf der einen Seite zunehmend generiert. Aufseiten der potentiell von Rassismus Betroffenen bleibt das Erstarken einer rechten Politik auch nicht folgenlos: Im schlimmsten Falle geschieht eine umgekehrt vereinfachende Hetze – wenngleich mit dem großen Unterschied, dass diese Seite in der Regel kaum über strukturelle Macht verfügt. Zum Teil selbsternannte nicht-weiße und weiße Sprecher*innen der potentiell von Rassismus betroffenen Personen malen dann immer unabhängiger vom jeweils tatsächlichen Sachverhalt den Teufel an die Wand, das heißt, sie vermuten hinter allen für „ihre Klientel“ im gesamtgesellschaftlichen Kontext nachteiligen Erfahrungen strukturellen Rassismus. Das Resultat: Ein Teufelskreis könnte in Gang gesetzt werden, in dem sich (vereinfacht gesprochen) beide Lager immer weiter voneinander entfremden – Gift für die Gesellschaft als Ganzes und somit für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Fazit

Rein ökonomisch gesehen schuf die Kolonialzeit zumindest auf der Makroebene für die ehemaligen Kolonialmächte einen Platz an der Sonne, der allerdings durch sich wandelnde globale Mächtekonstellationen zunehmend bedroht ist. Die Zeit, in der breite Bevölkerungsgruppen davon profitierten, gehört schon jetzt zunehmend der Vergangenheit an. Darüber darf auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, dass wir im globalen Kontext noch immer privilegiert sind. Der Globale Süden wurde durch den Platz an der Sonne des Globalen Nordens in den Schatten gestellt – zum Teil bis heute. Ausnahme: Kleine Eliten, die vom Status quo profitieren. Innergesellschaftlich braucht Deutschland, das nicht zuletzt aufgrund demografischer Entwicklungen immer weniger eine *weiße* Gesellschaft ist, eine neue Identitätenpolitik, die der nicht erst seit gestern komplexer werdenden Realität gerecht wird. Ein Mittel, um die konstruierten Identitäten auf allen Seiten zu dekonstruieren, ist eine gezieltere und möglichst frühe Auseinandersetzung mit der dafür relevanten Geschichte. Wenn scheinbar Naturgegebenes zunehmend als politisch bzw. ökonomisch motivierte Konstruktion enttarnt wird, ist schon viel erreicht auf dem Weg in eine Gesellschaft, die all ihre Potentiale nutzt bzw. mit der sich immer mehr Menschen identifizieren können. Die braucht es nicht zuletzt aufgrund globaler Herausforderungen, die wir immer weniger nach „Farben“ und Nationalitäten sortiert lösen können. Um dies zu erreichen, darf Geschichte nie einseitig und als scheinbar absolute Wahrheit behandelt werden. Beschwichtigungen, Relativierungen und das Romantisieren der Bedeutung von Geschichte für die Gegenwart sind hier fehl am Platz. Es geht hier um Kontextualisierung, Einordnung und Selbstverortung – nicht mehr und nicht weniger. Erst wenn wir innergesellschaftlich zumindest ein gesteigertes Bewusstsein dafür haben und auf ethno-kulturellen Unterschieden basierende Ungleichheiten deutlich verringert werden, kann sich auch ein neuer kollektiver Blick auf den Globalen Süden entwickeln. Wenn Rassismus als koloniales Erbe Partizipation und einen unvoreingenommenen Umgang miteinander in Deutschland noch immer behindert, wäre es doch sehr naiv zu glauben, dass man gegenüber dem Globalen Süden auf ehrlicher Augenhöhe begegnen kann. Der innergesellschaftliche Wandel ist also auch eine wichtige Voraussetzung für einen globalen Wandel. Wenn das Bild, das noch genügend Menschen unter uns etwa von Menschen im Globalen Süden haben, nicht korrigiert wird

– und zwar bis ins Unterbewusstsein hinein, dann brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, warum wir historisch gewachsenen „globalen Arbeitsteilungen“ und einer daraus vielfach resultierenden Perspektivlosigkeit, die auch Fluchtursache ist, so wenig empathisch begegnen.

Die Beseitigung innergesellschaftlicher Ungleichheiten im Globalen Süden erfordert eine Überwindung einer „globalen Arbeitsteilung“, damit zunehmend Perspektiven vor Ort entstehen und möglichst wenig menschliches Potential ungenutzt bleibt für die Bewältigung globaler Herausforderungen, die der Globale Norden nicht alleine lösen kann. In unserer heutigen Welt kann keine exklusive Resilienz bzw. Solidarität von Dauer sein. Viele Menschen tun glücklicherweise schon viel, um das koloniale Erbe zu überwinden. Und wer weiß, wie die Welt heute aussehen würde, wenn es diese Menschen nicht schon immer gegeben hätte. Immer wieder beeinflusst(e) ihr Handeln auch Politik und Wirtschaft. Wir können also – ohne zu naiv zu werden – zuversichtlich sein, dass unser Engagement wirkt.

Anmerkungen

¹ „*weiß*“ ist in diesem Kontext ein politisches Konstrukt und wird daher kursiv geschrieben. „Schwarz“ wird in vorliegendem Beitrag großgeschrieben.

² Menschen-„Rassen“ gibt es nicht. Dieses ideologische Konstrukt entstand im Zuge der transatlantischen Umverteilungsgeschichte – und nicht erst etwa mit den Nazis.

³ In der heterogenen islamischen Welt gab es schon eine rassistische Form der Sklaverei, bevor die sogenannte Neuzeit begann. Den Sklavenökonomien in der islamischen Welt wurden je nach Schätzung vergleichbar hohe Zahlen an Sklav*innen aus Afrika zugeführt wie im Rahmen des transatlantischen Sklavenhandels. Aber: Die islamische Welt hörte nicht auf, u.a. auch weiterhin Menschen aus Europa zu versklaven, und zwar letztlich bis 1830. Ein Grund für die Einverleibung Algeriens in ebendiesem Jahr durch Frankreich war die Beendigung dieser zunehmend als Schmach empfundenen Praxis. Die „Rassen“-Ideologie bzw. -Hierarchie war in der islamischen Welt also zu keinem Zeitpunkt vergleichbar statisch wie im Westen.

⁴ „Entwicklung“ wird in vorliegendem Beitrag in Führungszeichen geschrieben, da dieser auf wirtschaftliches Wachstum bezogene Begriff durchaus kontrovers diskutiert werden kann. So werden etwa kaum die negativen sozialen und ökologischen Folgen, die Wachstum verursachen kann, berücksichtigt.

⁵ Völkerschauen erfreuten sich großer Popularität. Nicht-*weiße* Menschen wurden dort als „unterentwickelte Naturmenschen“ dar- bzw. buchstäblich ausgestellt. Somit rechtfertigte man auch die eigene koloniale „Zivilisierungsmission“. Letztlich waren Völkerschauen auch ideologische Vorspiele realer Völkermorde.

⁶ Wer „rassistische Werbung“ als Suchbegriff eingibt, wird bei der Internetrecherche leider auch im Jahr 2020 schnell fündig.

⁷ Im „Kongo-Freistaat“ (heute: Demokratische Republik Kongo



(DRK)), bis 1908 Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II., starb durch Zwangsarbeit und Gewalt zwischen 1884/85-1908 schätzungsweise die Hälfte der 20 Millionen Menschen vor Ort. Wichtigstes Exportgut: Kautschuk. Dieser Monarch sagte 1863: „Belgien beutet die Welt nicht aus; den Geschmack daran müssen wir ihm erst beibringen.“ Auch das Deutsche Reich bezog den für viele Industrien benötigten Rohstoff u.a. von dort. Am 30.06.2020 – 60 Jahre nach der politischen Unabhängigkeit der DRK – bedauerte der belgische König diese Kolonialverbrechen. Statuen etc. von Leopold II. prägen das Brüsseler Stadtbild auch heute noch.

⁸ „Serengeti“ meint hier nicht das gleichnamige Gebiet im Norden Tansanias / Süden Kenias, sondern ist hier als Synonym für ein scheinbar ursprüngliches „Safari-Afrika“ zu verstehen. („Serengeti darf nicht sterben“: Deutsche Wildlife-Dokumentation von 1959)

Bilder

Plakat (realisiert von Judith Behrens) von der Black Lives Matter-Demonstration (BLM) am 6. und 7. Juni 2020 in Köln (S. 2) / Die Gustav-Nachtigal-Straße in Köln mit Photoshop zur Theodor-Wonja-Michael-Straße gemacht. Nachtigal erklärte als Reichkommissar Territorien zu deutschen Schutzgebieten – also zu Kolonialbesitz (S. 11). Konzeption Logo Umschlag: Serge Palasie; Umsetzung: Naseer Alshabani

Literatur

- Achille Mbembe, Kritik der schwarzen Vernunft, Suhrkamp Verlag, Berlin 2017
- Aimé Césaire, Discours sur le colonialisme, Éditions Présence Africaine, Paris 1955 (dt.: Diskurs über den Kolonialismus)
- Bartholomäus Grill, Wir Herrenmenschen – Unser rassistisches Erbe: Eine Reise in die deutsche Kolonialgeschichte, Sonderausgabe für Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2019
- Frantz Fanon, Peau noire, masques blancs, Éditions du Seuil, Paris 1952 (dt.: Schwarze Haut, weiße Masken)
- Marianne Bechhaus-Gerst /Joachim Zeller (Hrsg.), Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, Metropol-Verlag, Berlin 2018
- Sebastian Conrad, Deutsche Kolonialgeschichte, Verlag C.H. Beck, München 2016
- Winfried Speitkamp, Deutsche Kolonialgeschichte, Reclam, Stuttgart 2014
- Wole Soyinka, Die Last des Erinnerns – Was Europa Afrika schuldet und was Afrika sich selbst schuldet, Düsseldorf 2001
- Wulf D. Hund, Wie die Deutschen weiß wurden – Kleine (Heimat)Geschichte des Rassismus, Sonderausgabe für Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2018

Links

- ▶ https://au.int/sites/default/files/documents/36204-doc-agenda2063_popular_version_en.pdf
- ▶ https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Flucht_Migration/Theodor_Wonja_Michael-Kolonialismus_Rassismus_Populismus.pdf
- ▶ https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Globale_Entwicklungsziele/Agenda_2030_UNO.pdf

Sklaven, Aktien, Bankhäuser – Deutsche Kolonialaktivitäten vor 1884



Das Jahr 1884 wird oft als Beginn der deutschen Kolonialgeschichte betrachtet. Die Schatten der Aneignungen und Ausbeutungen reichen jedoch viel weiter zurück. Bereits 1682 wurde in Berlin die Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie vom Markgraf von Brandenburg, Kurfürst Friedrich Wilhelm, gegründet. Der Kurfürst hatte in Holland gesehen, welchen Reichtum der Handel mit Westafrika einbringen konnte und beschloss, dass auch Brandenburg daran teilhaben sollte. Das brandenburgisch-preußische Unternehmen sollte nun in den lukrativen Handel mit Menschen und Ressourcen aus Westafrika einsteigen. Die Reichtümer an diesem Küstenstreifen waren seit den portugiesischen Erkundungsfahrten im 15. Jahrhundert so legendär, dass die Europäer große Teile der Westküste Afrikas danach benannten: Im Westen begann dies mit der Pfefferküste (in etwa Teile des heutigen Guineas sowie Sierra Leone und Liberia) und ging über die Elfenbeinküste (in etwa heutige Côte d'Ivoire; der heutige Staat legt Wert darauf, dass der französische Name international verwendet wird) und die Goldküste (in etwa heutiges Ghana) bis zur Sklavenküste in der Bucht von Benin (in etwa vom heutigen Togo im Westen bis hin zum heutigen Kamerun im Osten). Dieser Küstenabschnitt diente aber mit zunehmender Bedeutung der Versklavung von Menschen im Rahmen des Dreieckshandels sowie der Beschaffung von Hof- und Kammermohren, die zum neuen It-Accessoire deutscher Adelshäuser wurden. Westafrika war de facto eine einzige riesige Sklavenküste! Während heute allgemein bekannt ist, dass die Holländer,

Portugiesen und andere sehr früh in diesen perfiden Handel eingestiegen waren, wird Deutschlands Rolle gerne vergessen.

Dass die erste deutsche Aktiengesellschaft quasi aus dem Handel mit Sklaven entstanden ist, auch das ist ein Stück Geschichte, die weitestgehend unbekannt ist.

Am 12. Juli 1682 brach die erste Expedition nach Afrika auf. Ihr Ziel: die Goldküste. An dieser Expedition war Otto Friedrich von der Groeben beteiligt, nach dem auch bis 2010 das heutige May-Ayim-Ufer (afrodeutsche Dichterin und Aktivistin, † 1996) in Berlin benannt war. Es war den Deutschen wichtig, Präsenz in Westafrika und vor allem an dieser begehrten Küste zu zeigen, weshalb sie mehrere Festungen im heutigen Ghana errichteten. Am 1. Januar 1683 wurde die brandenburgische Flagge erstmals bei Axim im Westen des heutigen Ghanas gehisst und gleich danach mit der Errichtung eines Forts sowie der Gründung des Ortes Groß Friedrichsburg (heute Princes Town) begonnen. Zwischen 1683 und 1685 bauten die Brandenburger weitere Niederlassungen in Ghana. Diese deutsche (kurbrandenburgische) Kolonie in Westafrika existierte bis ca. 1717/20. Sie bestand aus mehreren, durch Befestigungen geschützten Niederlassungen an einem rund 30 Kilometer langen Küstenstreifen am Cape Three Points. Die Kolonie diente dazu, die Geschäfte der Brandenburgisch-Afrikanischen Compagnie zu sichern. Und in der Tat, der Handel mit Sklaven und Gütern erwies sich als dermaßen lukrativ, dass die Brandenburgisch-Afrikanische-Compagnie, die später in Brandenburgisch-Afrikanisch-Amerikanische-Compagnie umbenannt wurde, in das Dreiecks-Geschäft zwischen Europa, Afrika und Amerika einstieg. Das Geschäft war so profitabel, dass aus der Compagnie die erste deutsche Aktiengesellschaft entstand. Dass die erste deutsche Aktiengesellschaft quasi aus dem Handel mit Sklaven entstanden ist, auch das ist ein Stück Geschichte, die weitestgehend unbekannt ist.

Um 1717 herum hatte Deutschland dann andere Gebiete im Auge. Friedrich Wilhelm I., Enkel des Kurfürsten, sah neue blühende Ausbeutungslandschaften in der Südsee. In Westafrika war „zu viel Rummel“ – die Portugiesen, die Engländer, die Holländer, die Spanier. Er verkaufte die westafrikanische brandenburgische Kolonie und ihre Geschäftsgründe an die Niederländisch-Westindische Compagnie. Deutschland zog sich aus Westafrika zurück



– vorerst – und sandte nun Expeditionen in die Südsee. Diese bereiteten den Boden für die spätere Gründung von Kolonien wie Kaiser-Wilhelms-Land und Bismarck-Archipel sowie weitere deutsche „Schutzgebiete“. Wobei mit Schutz natürlich wieder Ausbeutung gemeint war. Denn auch hier ging es einzig um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. So wurde beispielsweise 1882 – also schon zwei Jahre vor der Kongokonferenz – die Neuguinea-Compagnie von einem Konsortium aus Bankiers und Großfinanziers aus Berlin gegründet, mit dem Ziel, weitere Kolonien in der Südsee zu erwerben. Zu den Finanziers gehörte auch der gebürtige Rheinländer Adolf von Hansemann, CEO der Disconto Gesellschaft, damals eine der wichtigsten Banken Deutschlands. Und auch Geld aus Köln diente kolonialen Bestrebungen, denn Hansemann heiratete in die Bankiersfamilie Oppenheim herein. Oppenheim war an vielen kolonialen Projekten beteiligt, nicht nur in der Südsee, sondern auch in Afrika und China.

Anhand dieser Beispiele sieht man, dass Deutschland schon früh zu den kolonialen Global Players gehörte. Das geriet jedoch in Vergessenheit, denn gemäß dem Vertrag von Versailles musste Deutschland viel früher als die anderen europäischen Länder alle Kolonien abtreten.

Beflügelt durch die Black Lives Matter-Bewegung rückt auch dieses Kapitel deutscher Geschichte immer mehr in den Fokus – und das ist richtig so. Denn wie ein Sprichwort aus Ghana, dem heutigen Partnerland Nordrhein-Westfalens, besagt: Sankofa – um die Zukunft zu gestalten, musst du die Vergangenheit kennen.

Über die Autorin



Tina Adomako arbeitet beim Forum für soziale Innovation in Solingen als Fachpromotorin im Eine Welt -Promotor*innenprogramm. Mit den SDGs als Rahmen setzt sie sich für Themen der nachhaltigen Entwicklung ein. Ihr Fokus liegt auf Migration & Entwicklung sowie der (afrikanischen) Diaspora in NRW. Sie betreibt die Webseite diasporaNRW.net, die über entwicklungspolitische Themen mit Diaspora-Bezug informiert. Ehrenamtlich ist sie seit vielen Jahren Vorstandsmitglied bei den Neuen deutschen Medienmacher*innen, ein Verein, der für mehr Vielfalt in den Medien eintritt.

► www.diasporaNRW.net
► t.adomako@fsi-forum.de

Bilder

Die Mutter aller Sklavenfestungen an Afrikas Westküste: Das 1482 durch die Portugiesen errichtete Elmina (im heutigen Ghana) ist sozusagen der Prototyp für die unzähligen Festungen, die die Europäer im Laufe der Jahrhunderte errichteten.



Interview „Oft werden wir noch immer mit einem kolonialen Blick betrachtet.“

Sehr geehrter Eli Abeke, Rassismus ist nicht das einzige, aber das sichtbarste koloniale Erbe. Am 14. Mai 2020 ächtete die Stadt Köln das rassistische N-Wort¹. Bündnis14 Afrika brachte dieses Anliegen zusammen mit der Initiative „N-Wort stoppen“ quasi von der Straße in den Kölner Stadtrat. Wie konnte das gelingen?

Ausgangslage dieser Initiative ist ein Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommerns. Das Gericht entschied, dass die wiederholte Verwendung des N-Worts während einer Landtagssitzung durch einen AfD-Abgeordneten rechtens gewesen sei. Ein solches Urteil im 21. Jahrhundert ist ein Schlag ins Gesicht für die Schwarze Community in Deutschland.

Wir als Bündnis14 Afrika (B14) haben in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat in Köln und weiteren Initiativen wie der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) und der Sonnenblumen Community Development Group schnell reagiert und uns als Schwarze Community öffentlich positioniert. Wie in ähnlichen Fällen geht B14 systematisch vor: Zunächst stellten wir einen Antrag zur Ächtung des N-Wortes im Integrationsrat. Danach wurde das Anliegen erfolgreich in den Kölner Stadtrat getragen.

Dieser Fall bestätigt einmal mehr, dass wir immer wieder erfolgreich gegen Vorhaben oder Beschlüsse vorgehen können, die uns Schwarze Menschen rassistisch diskriminieren, wenn wir geschlossen auftreten und unsere Rechte vehement einfordern.

Straßen, die beispielsweise die Namen ehemaliger Kolonialakteure oder Kolonien tragen, sind auch sichtbares Erbe der Kolonialzeit. Auch hier will Bündnis14 Afrika konkret aktiv werden. Was planen Sie da?

Bündnis14 Afrika möchte klarstellen, dass diese Straßennamen nichts mit unserer Gegenwart zu tun haben und keinen Platz in unserer Gesellschaft haben sollten. Menschen afrikanischer Herkunft erfahren oft eine Retraumatisierung, wenn sie auf Straßen stoßen, die Namen von Kolonialakteuren tragen. Wir fordern die Änderung dieser Straßennamen.

Sollte die Verwaltung keine alternativen Namen für die Straßen finden, sind wir gerne dazu bereit, Änderungsvorschläge zu machen.

Um hier Fortschritte zu erzielen, arbeiten wir auch eng mit Expert*innen zusammen.

In einer sich wandelnden Gesellschaft müssen wir immer wieder überprüfen, auf welche Menschen aus der Geschichte oder welche Werte wir uns beziehen.

Sie arbeiten täglich mit der afrikanischen Diaspora bzw. mit Schwarzen Menschen in Köln und Umgebung. Welchen Beitrag kann diese Arbeit zur Überwindung von Rassismus und kolonialen Kontinuitäten leisten? Wo stößt sie an ihre Grenzen?

Menschen afrikanischer Herkunft, ob hier geboren, aufgewachsen oder zugewandert, gehören in dieser Gesellschaft zu einer Minderheit.

Leider ist es derzeit so, dass viele Menschen uns nicht als Partner*innen auf Augenhöhe sehen. Oft werden wir noch immer mit einem kolonialen Blick betrachtet.

Wenn dies passiert, müssen Menschen afrikanischer Herkunft selbstbewusst aufstehen und für Anerkennung bzw. ihr Recht kämpfen – so wie es ihre Mitmenschen der deutschen Mehrheitsgesellschaft auch tun, wenn sie ihre Rechte bedroht sehen und sie Ungerechtigkeit erfahren. Leider fehlt uns jedoch in vielen Fällen noch die Basis.

Die oft fehlende Augenhöhe gegenüber Schwarzen Menschen in Deutschland führt zu Ungerechtigkeiten in etlichen Bereichen, so zum Beispiel bei der Job- oder Wohnungssuche. Jeden Tag retraumatisiert offener und latenter Rassismus Angehörige der Diaspora.

Appelle an die Schwarze Community, sich politisch zu beteiligen, stoßen leider oft an Grenzen. Viele Schwarze Menschen bezweifeln, dass die Politik etwas an ihrer Situation ändern kann. Viele schalten auf stumm, denn die Hoffnung auf ehrliche Hilfe ist fast verloren.

Wir brauchen mehr Akteure, die unsere Themen öffentlich machen. Die Themen der Diaspora müssen die breite Masse erreichen, um Veränderungen herbeizurufen. Je mehr Menschen unsere Community vertreten, desto sichtbarer werden die Community und ihre Belange. Gegen Rassismus können wir uns wehren, indem wir uns öffentlich positionieren und als Schwarze Community das einfordern, was uns zusteht.



Seit 2014 findet jährlich der Kölner Afrikatag „AKWAABA“ statt, den Bündnis14 Afrika federführend organisiert. Welchen Beitrag kann diese Veranstaltung für ein positiveres Afrikabild bzw. für ein positiveres Bild von Schwarzen Menschen in Deutschland leisten?

Köln hat die größte afrikanische Community in NRW. Viele Community-Angehörige sind Mitglieder in Vereinen und Initiativen, die sich in Kommunalpolitik, Wissenschaft, Wirtschaft sowie in der Antirassismusbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Mit „AKWAABA“ gestalten wir gemeinsam ein großes Kulturfest, das die Diversität und die unterschiedlichen Lebenswelten Schwarzer Menschen in Deutschland auch und gerade für die deutsche Mehrheitsgesellschaft Kölns sichtbar machen will. Jedes Jahr haben wir ein Hauptthema. 2018 beispielsweise widmeten wir uns unter dem Motto „Nachhaltig fair in Köln“ dem Sustainable Development Goal 11 (Lebenswerte Städte). Dieses Engagement überzeugte auch die Stadt Köln, die das Projekt unterstützte.

Als Kölner Bürgerinnen und Bürger mit afrikanischem Hintergrund tragen wir aktiv dazu bei, unsere Stadt noch lebenswerter zu machen – und zwar für alle Menschen. Wir können positive Beispiele für ein bewussteres und nachhaltiges Stadtleben auch in afrikanische Städte tragen. Umgekehrt können gute Beispiele aus Afrika Anstöße zu neuem Denken in Köln liefern. Durch den Austausch mit unterschiedlichen Vertreter*innen der Stadtgesellschaft wollen wir dazu beitragen, Berührungspunkte abzubauen und einen Perspektivwechsel anzuregen. Immer wieder sind Teilnehmende überrascht darüber, wie aktiv die afrikanische Community in allen gesamtgesellschaftlich relevanten Bereichen ist.

¹ Beim N-Wort („Neger“) handelt es sich um eine leider nach wie vor verbreitete Bezeichnung für Schwarze Menschen. Es ist untrennbar mit dem transatlantischen Sklavenhandel und Kolonialismus verbunden und wird daher in der Regel von einem Großteil Schwarzer Menschen weder ausgesprochen, noch geschrieben.

AKWAABA
Afrika in Köln
Inspiration | Motivation | Empowerment

NACHHALTIG FAIR IN KÖLN
Kulturquartier am Neumarkt
Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln
Eintritt **FREI**

Samstag, 01.09.2018 | 12:00 - 19:00 Uhr

Kontakt: www.buendnis14afrika.com

Logos of partner organizations: VHS, DAKO e.V., COAFRI, FAKOJA, BEN, AKWAABA, enabere-stadt.koeln, GOOD FOOD, KVB, and others.

Zur Person



Eli Abeke wurde in Nigeria geboren und lebt als selbstständiger Architekt in Köln. Als stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrats,

Gründungsmitglied und Vorsitzender von Bündnis14 Afrika (gewählte Liste des Integrationsrats Köln) und Mitglied des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen setzt er sich für die Belange der afrikanischen Diaspora ein. Weiter ist er in diversen Ausschüssen der Stadt Köln sowie in verschiedenen kirchlichen Kontexten aktiv.

www.buendnis14afrika.com

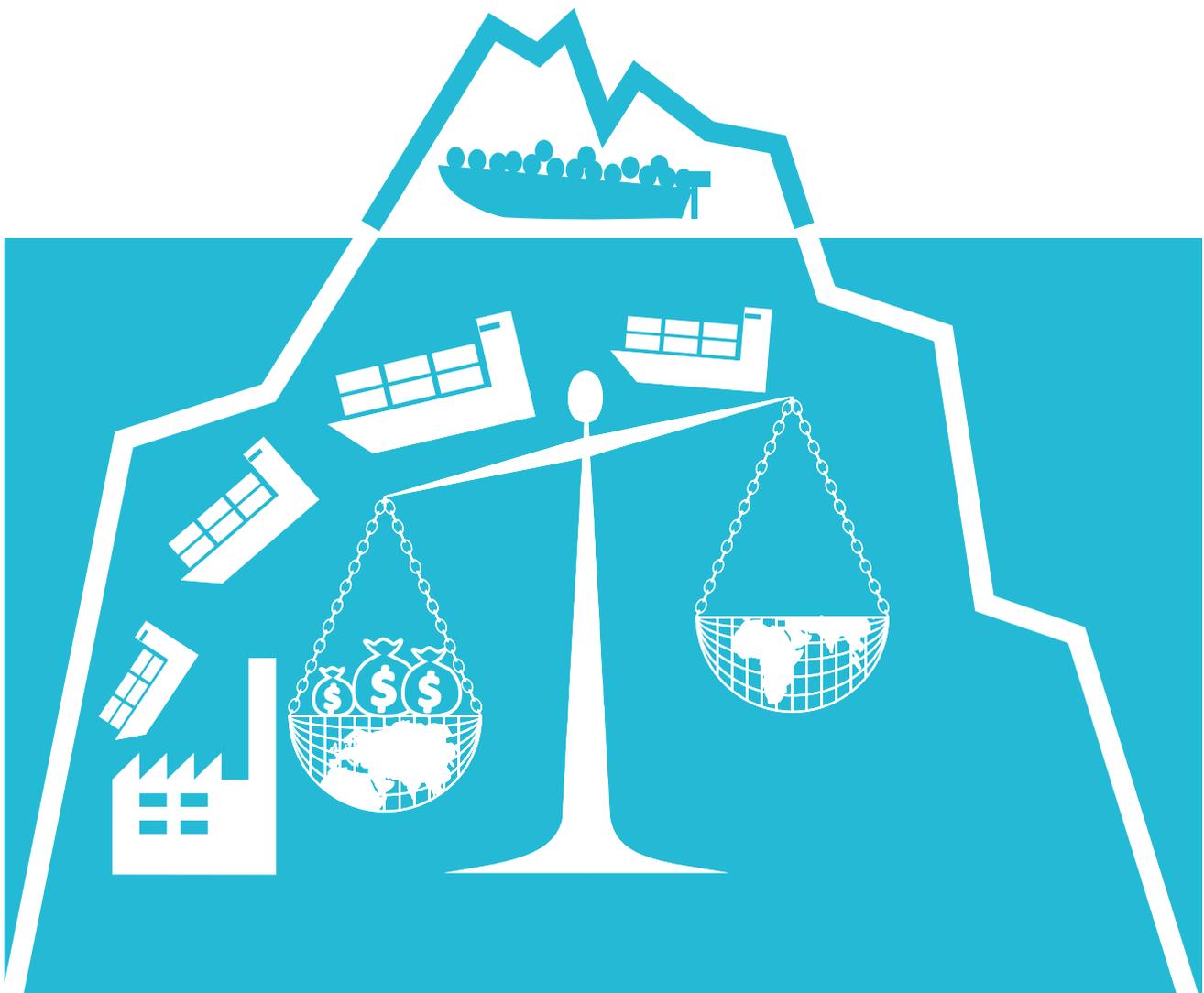
Bilder und Karten

Bilder und Karten sagen oft mehr als tausend Worte. Auf den folgenden Seiten finden Sie / findet Ihr entsprechende Materialien. Gerade mit jüngeren Zielgruppen macht es Sinn, dass historische Ereignisse, Sachverhalte etc. statt in Textform möglichst visualisiert dargestellt werden. Diese und weitere Bilder und Karten finden Sie / findet Ihr auch auf unserer Seite:

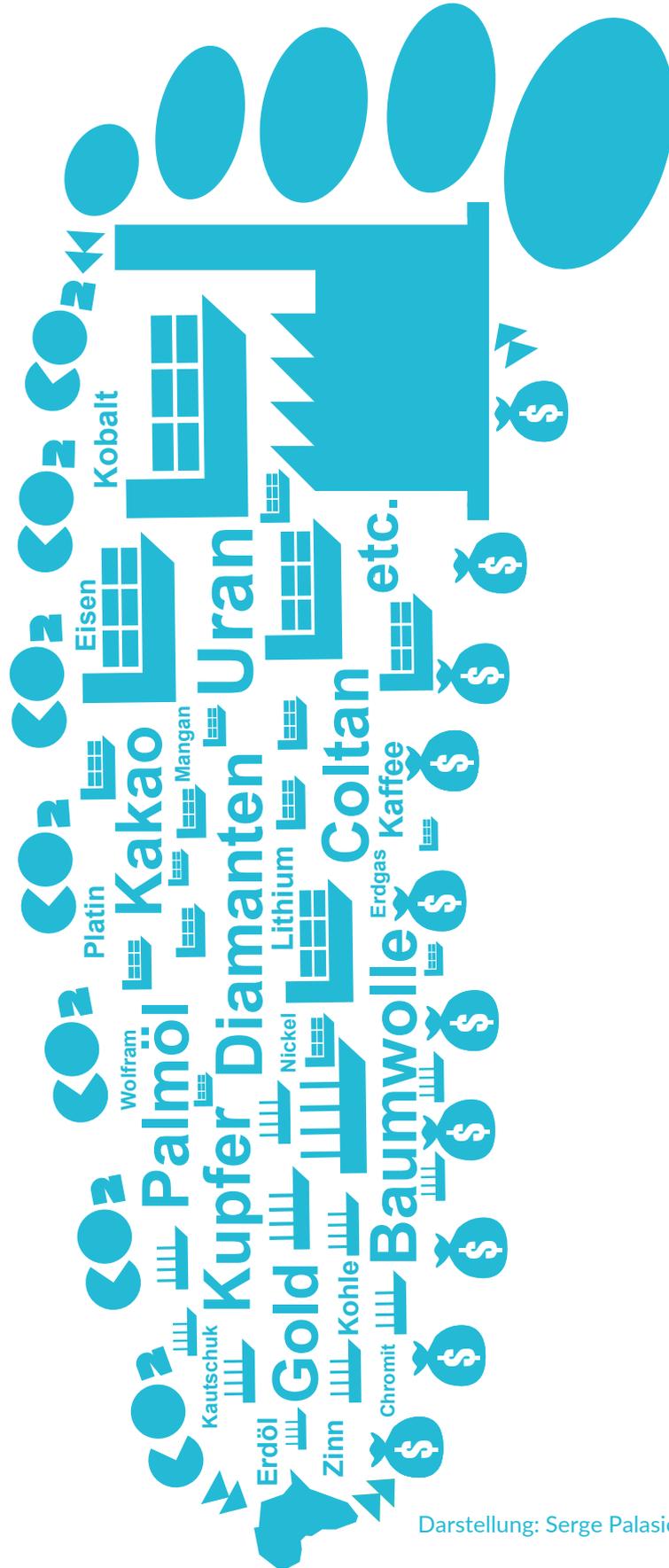
► www.eine-welt-netz-nrw.de | Themen | Flucht/Migration

Die Bilder auf dieser und der nächsten Seite werden unter folgendem Link kurz beschrieben:

► https://eine-welt-netz-nrw.de/fileadmin/ewn/data/Themen/Flucht_Migration/Flucht-Eisberg_%C3%96ko-Fu%C3%9Fabdruck-historisch.pdf



Darstellung: Serge Palasie | Eine Welt Netz NRW



Darstellung: Serge Palasie | Eine Welt Netz NRW

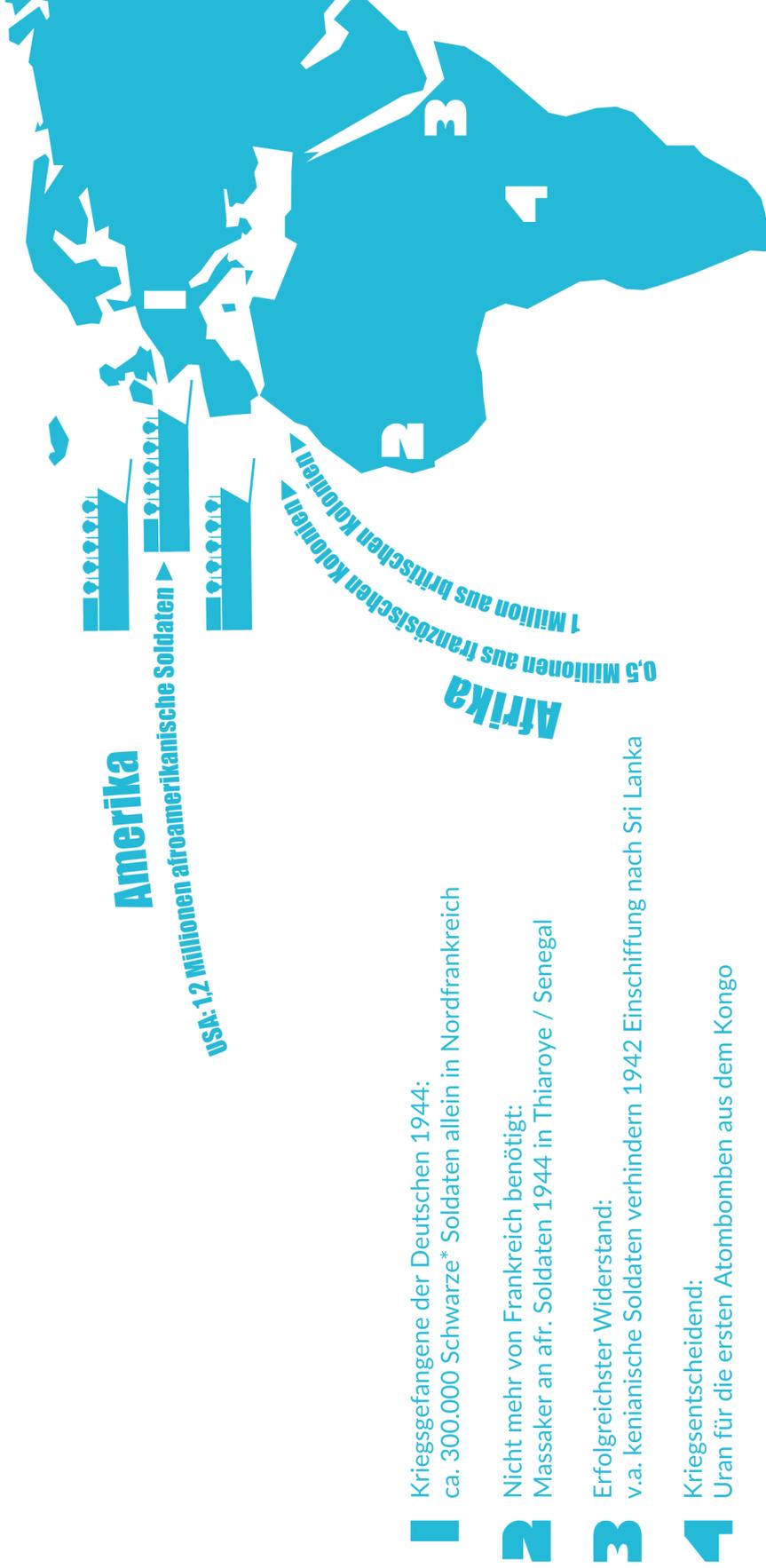
Deutsche Sonnenplätze

Kolonien bis zum verlorenen Ersten Weltkrieg



1-6: Togo | Kamerun | Deutsch-Südwestafrika | Deutsch-Ostafrika | Deutsch-Neuguinea u. Deutsch-Samoa | Kiautschou
(Darstellung: Serge Palasie | Eine Welt Netz NRW)

Afrika und Afroamerika im Zweiten Weltkrieg



Deutschlands offizieller Platz an der Sonne - also Kolonialbesitz - ging 1918/19 verloren. Pläne zur Wiedererlangung von Kolonien existierten aber bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (und darüber hinaus). Deutsche Expansionsbestrebungen - auch in den Kolonien der Kriegsgegner - und der Einsatz von Kolonialsoldaten kosteten unzählige Leben. Darstellung: Serge Palasio | Eine Welt Netz NRW | Vereinfacht dargestellt: Die drei größten Kontingente afr. bzw. afroamerikanischer Soldaten und weitere ausgewählte Informationen. Zahlen gerundet | Nicht alle kamen über den Atlantik nach Europa | Nicht alle wurden in Europa eingesetzt, sondern u.a. auch in Afrika selbst | Quelle: "Unsere Opfer zählen nicht" (Hrsg: Recherche International e.V.). Karte aus „Schwarz ist der Ozean - Was haben volle Flüchtlingsboote vor Europas Küsten mit der Geschichte von Sklavenhandel und Kolonialismus zu tun?“

*Schwarz groß geschrieben, da in diesem Kontext politische Kategorie und keine tatsächliche Hautfarbe.



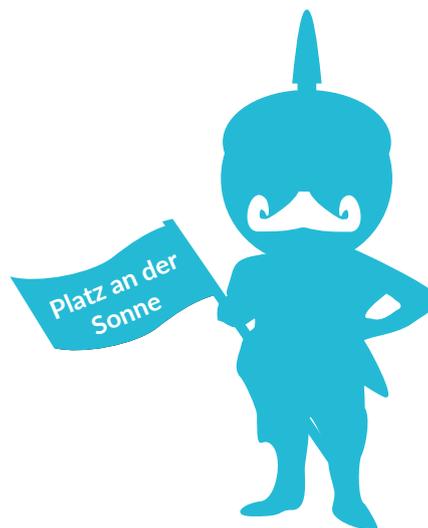


Eine Zivilisation, die sich unfähig zeigt,
die Probleme zu lösen, die durch ihr Wirken
entstanden sind, ist eine dekadente Zivilisation.

Eine Zivilisation, die beschließt, vor ihren
brennendsten Problemen die Augen zu verschließen,
ist eine kranke Zivilisation.

Eine Zivilisation, die mit ihren eigenen Grundsätzen
ihr Spiel treibt, ist eine im Sterben liegende Zivilisation.

(Aimé Césaire)



Träger der Fachstelle Flucht, Migration und Entwicklung NRW: Eine Welt Netz NRW.

Teil des Eine-Welt-Promotor*innenprogramms. In Zusammenarbeit mit dem Eine Welt Netz NRW.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und der Landesregierung NRW.



Die Broschüre wurde durch Engagement Global aus Mitteln der Landesregierung NRW gefördert.